

Gatz, Werner

Article — Digitized Version

Das Dilemma der deutschen Devisenüberschüsse

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gatz, Werner (1956) : Das Dilemma der deutschen Devisenüberschüsse, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 11, pp. 623-628

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132376>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das Dilemma der deutschen Devisenüberschüsse

Dr. Werner Gatz, Kiel

Fast 4 Mrd. DM betrug die Zunahme der Währungsreserve bei der Bank deutscher Länder in den ersten neun Monaten dieses Jahres. Das ist etwa das Doppelte des Betrages an Gold und Devisen, der der BdL im ganzen Jahr 1955 zufloß. Zwar hatte sich das Tempo der Zunahme im August vorübergehend etwas verlangsamt: sie betrug im Mai 522, im Juni und Juli je 720, im August 386, im September aber schon wieder rd. 600 Mill. DM. Dabei ist bemerkenswert, daß die Zunahme der Währungsreserve bei der BdL in den letzten Monaten nicht mehr durch eine Verschlechterung der Devisenposition bei den Geschäftsbanken kompensiert wurde.

Die Gründe für das exorbitante Wachstum der Währungsreserve sind verschiedener Art. Nur zum Teil ergibt sich die starke Überschußtendenz unserer Zahlungsbilanz aus der Außenhandelsentwicklung. Der Ausfuhrüberschuß betrug im April 408, im Mai 261, im Juni 330, im Juli 170, im August 210, im September 234 Mill. DM und erreichte in den ersten neun Monaten 1,9 Mrd. DM. Die Einfuhrentwicklung konnte wegen relativ schwacher Einfuhrneigung der westdeutschen Wirtschaft der rasch zunehmenden Ausfuhr nicht folgen. Neben anderen Gründen war die Ausfuhrentwicklung die Folge einer äußerst lebhaften Nachfrage des Auslands nach Investitionsgütern. Offensichtlich müssen die Preissteigerungen und Lieferfristen in den letzten Jahren bei uns hinter denen in vielen anderen Ländern zurückgeblieben sein.¹⁾ Die Überschußtendenz der Handelsbilanz wurde in den letzten Monaten noch dadurch verstärkt, daß die Importeure sich wegen der zeitweise sinkenden Preise auf den Weltwarenmärkten und der erwarteten Zollsenkungen, vielleicht auch wegen der Aufwertungsgerüchte, etwas zurückhielten. Auch die Kreditrestriktionen waren auf die Einfuhrneigung sicherlich nicht ohne Einfluß, da sie eine Drosselung der Lagerhaltung in Einfuhrrohstoffen veranlaßten. Die ausländischen Importeure waren bemüht, die Waren aus Westdeutschland möglichst rasch zu bezahlen, um der bei einer etwaigen DM-Aufwertung für sie wirksam werdenden Verteuerung in Auslandswährung zu entgehen; spekulative Kapitalbewegungen kamen hinzu. Nicht zuletzt trug das

¹⁾ Den in diesem Zusammenhang häufig miteinander verglichenen Indizes der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten sowie der durchschnittlichen Ausfuhrpreise kommt allerdings nur beschränkte Beweiskraft zu. Die Methoden bei der Aufstellung der Großhandelspreis- und Lebenshaltungskostenindizes sind nicht einheitlich. Je nach dem gewählten Basisjahr differieren zudem die Ergebnisse. Veränderungen der Ausfuhrpreisindizes ergeben sich auch aus den hier irrelevanten Veränderungen in der Zusammensetzung der Ausfuhr. Aufschlußreicher wäre in diesem Zusammenhang ein Kostenvergleich. Eine sehr sorgfältige Studie des Board of Trade, London, kommt beispielsweise zu dem Ergebnis, daß die Arbeitskosten je Produktionseinheit in der metallverarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik seit 1950 annähernd stabil waren, während sie in Großbritannien um 25 % gestiegen sind (vgl. „West Germany's Rising Competition with British Exports“, Board of Trade Journal, Vol. 171, Nr. 3104 vom 28. Juli 1956, S. 173 ff.).

hohe westdeutsche Zinsniveau dazu bei, die Außenhandelsfinanzierung in zunehmendem Maße in das Ausland zu verlagern.

HANDELS- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KONSEQUENZEN
Die Klagen über die Überschußtendenz der westdeutschen Zahlungsbilanz sind nicht erst neueren Datums. Mit dem Überschußproblem schlägt sich die Wirtschaftspolitik schon seit Jahren herum. Die handels- und wirtschaftspolitischen Konsequenzen der Überschüsse sind unter den heutigen Umständen alles andere als erfreulich. Im allgemeinen pflegen sich Defizitländer gegen Überschußländer mit handelspolitischen Maßnahmen zur Wehr zu setzen. Auch uns bereitet die Überschußtendenz des Außenhandels, insbesondere dem EZU-Raum gegenüber, erhebliche handelspolitische Schwierigkeiten, die man nicht zu leicht nehmen darf. Das bilaterale Denken ist selbst in Europa noch keineswegs ausgestorben, so sehr man das auch bedauern mag. Deutschland hatte zwar von jeher im Außenhandel mit den europäischen Ländern Überschüsse. Dennoch fällt auf, daß sich daran nichts geändert hat, obwohl der Handel mit Osteuropa nur einen Bruchteil des Vorkriegsumfanges ausmacht. Zudem verdient besondere Beachtung, daß unsere Bilanz gegenüber dem EZU-Raum fortlaufend hohe Überschüsse ergibt, obwohl doch ein Teil der überseeischen Rohstoffländer, denen gegenüber unsere Handelsbilanz in der Regel passiv zu sein pflegt, ebenfalls über die EZU abrechnet. Nach jahrelang anhaltender Überschußtendenz fällt es jetzt sehr schwer, den Nachweis dafür zu führen, daß unser Zahlungsbilanzgleichgewicht nur temporär und nicht „fundamental“ gestört ist.

Auch die konjunkturellen Wirkungen der Überschüsse bereiten unseren Wirtschaftspolitikern einige Sorgen. Die Überschüsse wirken der restriktiven Kreditpolitik der BdL entgegen. Es kann andererseits nicht übersehen werden, daß die von der BdL verfolgte Kreditpolitik durch Zurückdämmung der Inlandsnachfrage gleichzeitig die Erzielung weiterer Überschüsse forciert.

Eine Volkswirtschaft, die ständig über den zahlungsbilanzmäßig gebotenen Umfang hinaus Exportüberschüsse erzielt, verkauft tatsächlich ihre Erzeugnisse zu billig und kauft die Erzeugnisse des Auslandes zu teuer ein. Sie verzichtet auf eine Maximierung des güterwirtschaftlichen Nutzens aus ihrer Beteiligung am internationalen Handel. Praktisch läuft dies darauf hinaus, daß den Exporteuren auf Kosten der Importeure und damit zu Lasten der Konsumenten ein einseitiger Vorteil eingeräumt wird. Solange auf diese Weise in der Bundesrepublik eine Währungsreserve aufgebaut wurde, die zur Inganghaltung des westdeutschen Außenhandels erforderlich ist, waren die ständigen Überschüsse noch zu verantworten. Von einer Wäh-

rungsreserve in Höhe von 17 Mrd. DM (weit über die Hälfte einer Jahreseinfuhr) kann man allerdings nicht mehr behaupten, daß sie den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen noch nicht genüge.²⁾ Sie muß bei diesem Umfang sogar als ausgesprochen schlechte Kapitalanlage angesehen werden. Zudem erweckt diese hohe Währungsreserve den Eindruck eines scheinbaren, in Wirklichkeit nicht vorhandenen Reichtums. Denn während bei privatwirtschaftlichen Überlegungen kaum jemand dem Irrtum einer Gleichsetzung von Liquidität und Vermögensstand verfallen wird, ist das bei volkswirtschaftlichen Betrachtungen gang und gäbe.

DAS VERHÄLTNISS VON SOZIALPRODUKT UND EINFUHR

In einer solchen Situation wäre allerdings eine Veränderung des D-Mark-Kurses eine Radikalkur, die erst dann in Frage käme, wenn alle anderen Mittel erschöpft wären. Man kann gewiß nicht sagen, daß dies heute schon der Fall ist. Niemand wird auch behaupten wollen, daß es gut wäre, zur Beseitigung der Überschüsse den Export zu drosseln. Eine stetig wachsende Wirtschaft bedarf nun einmal eines zugleich stetig wachsenden Exports. Wohl aber wird allgemein als erforderlich angesehen, die Einfuhrentwicklung mehr als bisher der Steigerung der Ausfuhr anzupassen. Überschüsse — allerdings weit geringeren Umfangs — erscheinen auch weiterhin wegen unserer laufenden Zahlungsbilanzbelastung mit Schuldentrückzahlungen, Reparationen für Israel u. ä. (1955 insgesamt 1,2 Mrd. DM) als notwendig.

Die Einfuhr steht also gegenwärtig im Vordergrund des Interesses. Im allgemeinen besteht zwischen dem Wachstum des Sozialprodukts und der Steigerung der Einfuhr eine ziemlich enge Beziehung. Die Erfahrung der Nachkriegsjahre hat gezeigt, daß in der Bundesrepublik die Zuwachsraten der Einfuhr ein Mehrfaches der Zuwachsraten des Sozialprodukts beträgt. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre lag die prozentuale Steigerung der Einfuhr um das 2,5fache höher als das prozentuale Wachstum des Sozialproduktes. Eine einwandfreie Ermittlung der Beziehung zwischen beiden volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen ist allerdings kaum möglich, weil in den bisherigen Nachkriegsjahren überhaupt erst die Einfuhr in zunehmendem Maße von den vorhandenen mehr oder weniger starken dirigistischen Bindungen befreit wurde. Der institutionelle Rahmen, in dem sich die Einfuhr abspielt, wurde ständig verändert. Durch einfaches Extrapolieren der bisherigen Entwicklung könnte man daher die künftige Einfuhrentwicklung nicht ermitteln. Mit großer Wahrscheinlichkeit hätte die prozentuale Steigerung der Einfuhr im Durchschnitt der letzten drei Jahre weniger als das 2,5fache der Steigerungsquote des Sozialprodukts betragen, wenn die Einfuhrschranken nicht in dem Maße beseitigt worden wären, wie es tatsächlich der Fall gewesen ist. Wenn man sich fragt, ob bei weiterem Wachstum des So-

zialprodukts die Einfuhr größere Zuwachsraten aufweisen wird, ergeben sich sowohl Gesichtspunkte, die dafür, als auch solche, die dagegen sprechen. Auf der einen Seite liegt es nahe, daß eine weitere allgemeine Wohlstandssteigerung mit einer Intensivierung des internationalen Handels und damit auch mit einer darüber hinausgehenden prozentualen Einfuhrsteigerung parallel läuft. Dagegen sprechen aber vielfach technische Entwicklungen, durch die die Abhängigkeit wichtiger Industrieländer von Lieferungen des Auslands vermindert wurde, ohne daß diese Länder dadurch güterwirtschaftliche Verluste in Kauf zu nehmen hatten. Ein Vergleich der Weltindustrieproduktion mit dem Welthandel über einen längeren Zeitraum hinweg (1938—1955) zeigt, daß — aus welchen Gründen im einzelnen bleibe dahingestellt — das Wachstum des Welthandels hinter dem der Weltindustrieproduktion zurückgeblieben ist, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß die Weltindustrieproduktion für das „Weltsozialprodukt“ nur einen unvollkommenen Indikator darstellt.³⁾

EINFUHRFÖRDERNDE STAATSAUSGABEN

Die bisherige Einfuhrentwicklung im laufenden Jahr und ihr Vergleich mit den Schätzungen des Sozialprodukts für den gleichen Zeitraum läßt bereits erkennen, daß die Relation zwischen dem prozentualen Wachstum der Einfuhr und dem des Sozialprodukts nicht an den Durchschnitt der letzten drei Jahre herankommt. Man kann annehmen, daß sich die Relation im ersten Halbjahr 1956 nur noch in der Größenordnung von etwa 1,5:1 bewegte⁴⁾. Allerdings war die Einfuhr aus den oben bereits behandelten Gründen besonders niedrig. Künftig kann man wohl wieder mit einem etwas größeren Unterschied zwischen den Steigerungsquoten der Einfuhr und des Sozialprodukts rechnen. Wie dem auch sei: je größer das Sozialprodukt, um so größer die Einfuhr. Allgemeine expansive Maßnahmen würden also fraglos auch die Einfuhr steigern. Indessen ist an allgemeine expansive Maßnahmen zur Steigerung der Einfuhr unter den augenblicklichen Umständen nicht zu denken. Vielmehr ist die Wirtschaftspolitik gegenwärtig bemüht, die monetäre Nachfrage auf den beschränkten güterwirtschaftlichen Expansionspielraum zurückzuführen. Auch wenn künftig die Überschubbildung der öffentlichen Haushalte aufhören sollte und vielleicht sogar Haushaltsdefizite eintreten sollten, wie es nicht unwahrscheinlich ist, wird die BdL durch entsprechende Gegenmaßnahmen im Interesse der Geldwertstabilität das allgemeine Expansionstempo mit den realen Möglichkeiten in Einklang zu bringen versuchen. Es muß darum in diesem Fall keineswegs zu einer Beschleunigung der allgemeinen wirtschaftlichen Expansion kommen. Ob jener Übergang von einer kontraktiv wirkenden zu einer konjunkturpolitisch neutralen oder gar expansiv wirkenden Haushaltsgestaltung dennoch Einfuhrveränderungen nach sich zieht,

²⁾ Der in diesem Zusammenhang übliche internationale Vergleich von Einfuhr und Währungsreserve hinkt. Aber ungeachtet dessen schneidet die Bundesrepublik dabei recht gut ab.

³⁾ Vgl. „Die Weltwirtschaft“, hrsg. vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 1956, I, S. 14 ff.

⁴⁾ Vgl. Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juli 1956, S. 35.

hängt dann davon ab, ob die durch kontraktive kreditpolitische Maßnahmen in ihrer wirtschaftlichen Aktivität beeinträchtigten Personenkreise eine andere Einfuhrneigung aufzuweisen haben als der Staat bzw. die Kreise, denen die erhöhten Verteidigungs- und Sozialaufwendungen zugute kommen. Erhöhte Sozialaufwendungen würden überwiegend in den Konsum fließen. Kontraktive Maßnahmen zur Verminderung der wirtschaftlichen Aktivität würden in erster Linie die Nachfrage der Investoren dämpfen. Man kann zwar annehmen, daß die in den Genuß erhöhter Sozialaufwendungen gelangenden Personen eine höhere Einfuhrneigung aufzuweisen haben. Allzu groß dürfte allerdings der Unterschied nicht sein, so daß sich aus einer Erhöhung der Sozialausgaben keine übermäßige Erhöhung der Einfuhr ergeben dürfte.

Die Verteidigungsausgaben andererseits werden die Einfuhr mit großer Wahrscheinlichkeit stärker beeinflussen. Zwar sind die Nachrichten über den Umfang und den Zeitpunkt der geplanten Einfuhren an Verteidigungsgütern widerspruchsvoll. Aber fraglos wird die Einfuhr beträchtlich sein und sich über einen längeren Zeitraum erstrecken und damit die westdeutsche Zahlungsbilanz geraume Zeit belasten. Man muß dabei zwar zwischen einmaligen und laufenden Einfuhren (Erstausrüstung und laufender Bedarf der Streitkräfte) unterscheiden. Sicher wird sich aus der geplanten Erstausrüstung mit ausländischen Verteidigungsgütern ein Bedarfsstoß ergeben, der zu besonders hohen Einfuhren führen könnte. Aber es wäre ein Irrtum zu glauben, daß diese Erstausrüstung nicht gleichzeitig einen laufenden Ergänzungs- und Erweiterungsbedarf mit entsprechenden Konsequenzen für die Einfuhr auslösen würde. Mit Veränderung der Einfuhrneigung muß auch dann gerechnet werden, wenn der gegenwärtig diskutierte Wiederaufbau einer Rüstungsfertigung Wirklichkeit werden sollte.

KAPITALEXPORT UND AUSSENHANDEL

Auf diese Möglichkeiten, die Überschuldendenden in unserer Zahlungsbilanzentwicklung zu mildern, sollte man sich aber nicht allein verlassen. Man muß auch währungs- und handelspolitische Maßnahmen ergreifen. Wenn auch heute die D-Mark nicht mehr weit von der vollen Konvertibilität entfernt ist, so bestehen doch noch manche Reste der Devisenbewirtschaftung. Man wird kaum bestreiten, daß sie heute überflüssig sind. Allerdings ist es durchaus möglich, daß sich mit dem Abbau dieser restlichen Beschränkungen zunächst noch eine Verstärkung des Devisenzufusses ergeben wird. Die Freigabe des Kapitalimports beispielsweise, bekanntlich ist sie noch einer der wenigen Schlußsteine, die an der vollen DM-Konvertibilität fehlen, könnte in dieser Richtung wirken.

Wer Kapitalexport als Ausweg aus unserem Zahlungsbilanzdilemma vorschlägt, wird sich allerdings über seine volkswirtschaftlichen Konsequenzen klar werden müssen. Ein solcher Kapitalexport ist denkbar ohne und mit Aufbringung von entsprechenden

D-Mark-Beträgen, sei es durch die öffentliche Hand, sei es durch die private Wirtschaft. Sowohl unter volkswirtschaftlichem als auch unter privatwirtschaftlichem Aspekt müßte man allerdings einen Kapitalexport jeder Art solange ablehnen, als das westdeutsche Zinsniveau über dem des Auslands liegt. Kapitalausfuhr entgegen dem Zinsgefälle stünde im Widerspruch zu einer Maximierung des volkswirtschaftlichen Nutzens aus der Beteiligung am internationalen Handel. Bei dem derzeitigen internationalen Zinsgefälle würde man ohnehin kaum einen privaten Unternehmer finden, der im Ausland investiert. Es ist sehr fraglich, ob von der jüngsten devisenwirtschaftlichen Erleichterung der Kapitalausfuhr in größerem Maße Gebrauch gemacht wird, solange man in Deutschland zu günstigeren Bedingungen und mit höheren Gewinnerwartungen investieren kann als im Ausland, es sei denn, es gäbe irgendwelche anderen Gründe dafür, Kapital im Ausland anzulegen, als den, augenblicklich in den Genuß eines möglichst hohen Kapitalertrags zu gelangen. Immerhin wäre denkbar, daß die öffentliche Hand irgendwelche schwerwiegenden außerwirtschaftlichen Gründe hätte, wie z. B. die gleichsam „moralische“ Pflicht der entwickelteren Industrieländer, den unterentwickelten Ländern mit Kapital auszuweichen. Nach Lage der Dinge dürfte die öffentliche Hand heute allerdings gar nicht imstande sein, ins Gewicht fallende D-Mark-Summen hierfür zur Verfügung zu stellen. Ein Land nur deshalb zum Kapitalexport zu zwingen, weil der institutionelle Rahmen seines Außenhandels offensichtlich den zahlungsbilanzmäßigen Erfordernissen nicht entspricht und es deshalb laufend Zahlungsbilanzüberschüsse erzielt, obwohl empfindlicher Kapitalmangel besteht, scheint außerordentlich fragwürdig. Die Konsequenz aus einer solchen Situation kann doch nur sein, den institutionellen Rahmen der Einfuhr an Gütern und Diensten zu ändern, statt unter volkswirtschaftlichem Aspekt wenig zeitgemäße Behinderungen der Einfuhr beizubehalten und den scheinbaren Kapitalüberschuß zu exportieren. Nicht bestritten werden soll natürlich, daß dennoch eine gewisse Förderung des Kapitalexports als Bestandteil einer auf organische Weiterentwicklung unserer Außenwirtschaft gerichteten Politik berechtigt ist.

Kapitalexport wäre schließlich auch ohne entsprechende Aufbringung von Inlandwährung denkbar. Die Zentralbank könnte von sich aus an das Kapital suchende Ausland Beträge in Auslandswährung ausleihen. Diese Kredite müßten nicht unbedingt wieder als Nachfrage auf dem deutschen Inlandmarkt in Erscheinung treten. Zum mindesten wäre ihr Einfluß auf die Nachfrage am deutschen Inlandmarkt nur sehr mittelbar. Als Nutznießer solcher Kredite kämen allerdings wohl in erster Linie solche Länder in Frage, bei denen mit einem nicht unerheblichen Risiko gerechnet werden müßte. Ob diese Länder die erforderlichen Risikoprämien in Form relativ hoher Zinsen aufbringen könnten, ist zweifelhaft. Im übrigen käme es

ganz darauf an, in welcher Größenordnung sich die Kredite bewegen würden. Milliarden-Beträge in dieser Form auszuleihen, dürfte kaum in Betracht kommen. An der Überschubstendenz der westdeutschen Zahlungsbilanz würde sich durch solche „Valutakredite“ im übrigen nichts ändern. Auch die von der OEEC empfohlene und demnächst wohl zu erwartende vorzeitige Tilgung der im Londoner Schuldenabkommen geregelten Auslandsschulden kann nur als eine Notlösung angesehen werden. Die Überschubstendenz selbst wird durch sie nicht beseitigt. Erfolgt die vorzeitige Tilgung etwa gar in D-Mark, so wird sie mit einiger Sicherheit zusätzliche Ausfuhren der Bundesrepublik nach sich ziehen. Aber unabhängig davon bedeutet sie — volkswirtschaftlich gesehen — eine Rückzahlung von niedrig oder gar nicht zu verzinsendem „Kredit“ unter Verzicht auf lohnendere Anlagemöglichkeiten des für die Rückzahlung benötigten Kapitals.

ZOLLSENKUNGEN UND EINFUHR

Unter diesen Umständen ist es nicht weiter verwunderlich, daß die Handelspolitik und speziell die Einfuhrpolitik im Brennpunkt des Interesses stehen. Will man eine Einfuhrsteigerung erreichen, die über den durch die Entwicklung des Sozialprodukts bedingten Zuwachs hinausgeht, so ist es notwendig, den institutionellen Rahmen, in dem sich die Einfuhr bewegt, nochmals zu ändern. Es soll nicht verkannt werden, daß sich die Einfuhr in letzter Zeit einer intensiven Förderung erfreute. Trotz Zollsensungen, wesentlichen Vereinfachungen des Einfuhrverfahrens, Erleichterungen in der Einfuhrfinanzierung, weiterer Liberalisierung der Einfuhr aus dem Dollarraum — von der weitgehenden Liberalisierung der Einfuhr aus den OEEC-Ländern ganz abgesehen — bleibt die Einfuhr indessen bisher hinter dem als notwendig angesehenen Umfang zurück. Noch ist die Zeitspanne seit dem Inkrafttreten der jüngsten Einfuhrerleichterungen zu kurz, als daß man ihre Wirkungen schon beurteilen könnte. Zu hoch sollte man die Erwartungen allerdings keineswegs schrauben. Hat man doch die Ernährungswirtschaft bei den einfuhrfördernden Maßnahmen wiederum fast ganz ausgeschlossen. Wegen des Widerstands der Interessenten hat man bisher auch nicht eine wirklich durchgreifende Zollsensung in Angriff nehmen können. Fraglos müssen aber auch die bisherigen nur bescheidenen Zollsensungen begrüßt werden, schon deshalb, weil man bei ihnen, wenn auch im wohlverstandenen eigenen Interesse, auf eine entsprechende Gegenleistung des Auslands verzichtet hat.

Man kann gewiß nicht sagen, daß die Möglichkeiten einer weiteren Einfuhrförderung erschöpft wären. Angesichts des hohen Liberalisierungssatzes bei der Einfuhr sowohl aus dem OEEC- als auch aus dem Dollarraum kann man von einem weiteren Abbau der Einfuhrkontingente zwar nicht mehr besonders viel erwarten. Eine wirklich ins Gewicht fallende weitere Liberalisierung der Einfuhr würde zudem grundlegende Änderungen der landwirtschaftlichen Markt-

ordnung voraussetzen, was natürlich auf starken Widerstand stoßen würde. Ob man die Landwirtschaft bei den künftig eventuell zu ergreifenden Maßnahmen erneut auslassen könnte, erscheint außerordentlich fraglich. Der Schwerpunkt der künftigen Maßnahmen würde bei den Zollsensungen liegen müssen.

Inwieweit weitere Zollsensungen nun tatsächlich eine Steigerung der Einfuhr bedeuten würden, ist davon abhängig, in welcher Weise die Nachfrager auf Preisveränderungen bei den Einfuhrwaren, die durch die Zollsensungen bewirkt werden könnten, reagieren würden. Die hier und da geäußerte Meinung, daß die Nachfrager auf die bisherigen Zollsensungen überhaupt nicht reagiert hätten, scheint uns nicht haltbar. Ein Vergleich der Einfuhr vor und nach der Zollsensungsaktion müßte alle anderen Faktoren, die auf die Einfuhr einwirken, mit berücksichtigen. Wären die Einfuhrmengen und -werte trotz Zollsensung gleich geblieben, so würde dies noch keineswegs besagen, daß die Zollsensung erfolglos war. Dazu müßte man wissen, wie sich die Einfuhr ohne Zollsensung entwickelt hätte.

Bei den Wirkungen der Zollsensungen kommt es im einzelnen darauf an, welcher Grad von Konkurrenz unter den Anbietern und Nachfragern herrscht. Unterschieden werden muß ferner zwischen spezifischen und Wertzöllen. Bei vollständiger Konkurrenz der Anbieter wäre damit zu rechnen, daß sich eine Zollsensung — graphisch ausgedrückt — in vollem Umfang in einer Verschiebung der Angebotskurve nach unten um den Betrag der Zollsensung niederschlagen würde, wobei es sich bei einem spezifischen Zoll um eine Parallelverschiebung handeln würde, während sich bei einem Wertzoll der Abstand der neuen Angebotskurve von der alten Angebotskurve mit zunehmender Entfernung von der Ordinate vergrößern würde. In welchem Maße nun der Zollsensung eine den Nachfragern zugute kommende Preissenkung entsprechen würde, wäre abhängig von der Elastizität sowohl der Nachfrage als auch des Angebots. Bei vollständig unelastischer Nachfrage — etwa aus natürlichen Gründen oder infolge freiwilliger Beschränkung — würde der Zollsensung in vollem Umfang eine Preissenkung entsprechen, bei vollständig elastischer Nachfrage hingegen hätte die Zollsensung keinen Einfluß auf den Preis.

Die umgekehrten Wirkungen würden sich bei unterschiedlicher Elastizität des Angebots ergeben. Bei vollständig unelastischem Angebot würde eine Zollsensung keinen Einfluß auf die Preise ausüben, bei vollständig elastischem Angebot hingegen würde die Preissenkung der Zollsensung entsprechen. Auch hier wäre es natürlich denkbar, daß die mangelnde Elastizität sich aus natürlichen Gründen ergäbe oder aber von den Anbietern gewollt wäre.

Bezüglich der Wirkungen von Zollsensungen auf die Preise muß man sich allerdings vor übertriebenen Erwartungen hüten. Abzüglich der Zollrückvergütun-

gen betrug das Zollaufkommen der Bundesrepublik bei einem Einfuhrwert von 22,8 Mrd. DM einschließlich der Finanzzölle 1955 1,75 Mrd. DM (7,7%). Zollfrei waren Einfuhren im Werte von 13,4 Mrd. DM. Bezogen auf die restlichen Einfuhrwaren im Werte von 9,4 Mrd. DM betrug die Zollbelastung 18,7%. Würde man die Zölle um 50% herabsetzen, so würde dies bedeuten, daß bei einer durchschnittlichen Elastizität von Angebot und Nachfrage von 1 die Preise jener Waren durchschnittlich um den halben Betrag der Zollsenkung, nämlich um 4,7% der ursprünglichen Einfuhrpreise (= 3,9% der Einfuhrpreise plus Zoll) sinken würden.

Eine Betrachtung der großen Gruppen der westdeutschen Einfuhr zeigt, daß ihre Preiselastizität sehr unterschiedlich ist. Auch wenn es an Hand des statistischen Materials kaum möglich sein dürfte, die Preiselastizität der Einfuhrwaren im einzelnen einwandfrei festzustellen, so ergibt schon der bloße Augenschein, ob eine Preissenkung in obiger Größenordnung — bedingt durch Zollsenkung — nennenswerte Veränderungen des Umsatzes nach sich ziehen würde oder nicht.

Hinsichtlich der meisten gewerblichen Rohstoffe und Halbwaren, die von der Bundesrepublik eingeführt werden, kann nur gesagt werden, daß die Nachfrager bei Preisänderungen obiger Größenordnung wohl kaum eine andere Menge nachfragen würden, wenn man von der Nachfrage der Händler, deren Verhalten sich nach anderen Prinzipien orientiert, absieht. Der Rohstoffverbrauch der Industrie jedenfalls richtet sich nach der Nachfrage an industriellen Fertigerzeugnissen, letztlich also nach dem allgemeinen wirtschaftlichen Expansionstempo, kaum dagegen nach kleineren Preisschwankungen bei der Rohstoffbeschaffung, ganz abgesehen davon, daß der größte Teil dieser Rohstoffe und Halbwaren zollfrei eingeführt wird. Gewisse Nachfrageveränderungen wären in dieser Gruppe allenfalls dort denkbar, wo bereits kleine Preisänderungen neue lohnende Substitutionsmöglichkeiten erschließen würden.

Bei der großen Gruppe der Grundnahrungsmittel werden die Preise durch die Marktordnung bestimmt. Veränderungen der Einfuhrpreise hätten hier, wenn überhaupt, nur einen geringfügigen Einfluß auf die Nachfrage der staatlichen Einfuhrstellen.

Damit konzentriert sich das Interesse im wesentlichen auf die Einfuhrsektoren Genußmittel, feinere ausländische Nahrungsmittel, Mineralöle und vor allem gewerbliche Fertigerzeugnisse. Gliedert man die finanzzollpflichtigen Waren und die Agrarprodukte aus dieser Restgruppe aus, so wie es im wesentlichen bei der letzten Zollsenkungsaktion geschehen ist, dann bleibt eine Resteinfuhr im Werte von 3,6 Mrd. DM, auf die Zölle in Höhe von 0,46 Mrd. DM (12,8%) entfielen. Es leuchtet ein, daß selbst eine völlige Beseitigung der Zölle auf diese Einfuhrwaren keine allzusehr ins Gewicht fallende Steigerung der Einfuhr nach sich ziehen würde. Angenommen, die

Preiselastizität der Nachfrage ⁵⁾ läge in dieser Restgruppe bei 1,5, so würde sich — beliebige Vermehrbarekeit des ausländischen Angebots bei gleichem Preis vorausgesetzt — bei völliger Beseitigung der Einfuhrzölle in dieser Gruppe eine Steigerung des Einfuhrwerts um rund 200 Mill. DM ergeben. Allerdings steht die volle Beseitigung der Zölle auch in dieser Gruppe gar nicht zur Diskussion. Bei geringerer Zollsenkung oder tatsächlich geringerer Nachfrageelastizität wäre daher mit einer noch kleineren Zunahme des Einfuhrwertes zu rechnen.

Dies alles läßt erkennen, daß man um eine durchgreifende Zollsenkung auch in den anderen Gruppen gar nicht herumkommt, wenn man durch Zollsenkung eine nennenswerte Steigerung der Einfuhr erreichen will. Das gilt in besonderem Maße für die Finanzzölle, wenn schon die landwirtschaftliche Marktordnung und damit auch die Agrarzölle tabu sein sollen. Erforderlich wäre allerdings auch hier eine durchschnittlich über 1 liegende Nachfrageelastizität in den betreffenden Gruppen und eine beliebige Vermehrbarekeit des ausländischen Angebots bei gleichem Preis. Daß von einer Senkung der Finanzzölle indessen ebenfalls keine sensationellen Wirkungen erwartet werden können, ist sicher. Aber auch solche relativ bescheidenen Möglichkeiten zur Entlastung unserer Zahlungsbilanzsituation sollten nicht ungenutzt bleiben. Man sollte sich klar darüber sein, daß ein solcher weiterer Abbau der Zölle zur Maximierung des güterwirtschaftlichen Nutzens aus dem Außenhandel einen entscheidenden Beitrag leisten könnte und schon deswegen begrüßt werden müßte.

Unter konjunkturpolitischem Aspekt wäre allerdings bei jeder Zollsenkung genau zu prüfen, ob der Ausfall an Zollaufkommen in einem annehmbaren Verhältnis zu der dadurch eventuell bewirkten Steigerung des Einfuhrwerts steht. Bekanntlich wirkt eine Zollsenkung unmittelbar expansiv, eine Einfuhrsteigerung hingegen kontraktiv. In der heutigen Situation wäre es wünschenswert, daß der kontraktive Effekt der Einfuhrsteigerung den expansiven Effekt der Zollsenkung überkompensiert.

Die Frage, ob die künftige mehr oder weniger zwangsläufige Entwicklung der Einfuhr und die eventuellen weiteren wirtschaftspolitischen Maßnahmen die derzeitige Überschußtendenz mildern werden, kann wohl bejaht werden. Ob sich aber das Überschußproblem damit ganz erledigt, ist keineswegs sicher. Denkbar wäre das immerhin dann, wenn sich das Wachstum des Exports gleichzeitig verlangsamen würde, was wegen gewisser weltwirtschaftlicher Entwicklungen nicht ganz ausgeschlossen wäre. Man wird abwarten müssen, ob die Einfuhr dank der in den letzten Monaten getroffenen Förderungsmaßnahmen nun nicht doch etwas aufholt, nachdem sie in

⁵⁾ Natürlich ist bei allen Überlegungen hinsichtlich der Preiselastizität der Nachfrage nicht nur die Reaktion der bisherigen Nachfrager auf die durch Zollsenkung verursachten Preissenkungen in Rechnung zu stellen. Die bisherigen Nachfrager würden ihre monetäre Nachfrage kaum steigern. Wohl aber würden neue Käuferschichten das betreffende Gut nachfragen. Insgesamt könnte sich somit eine höhere monetäre Nachfrage ergeben.

der ersten Hälfte des Jahres hinter den Erwartungen zurückblieb. Soviel sei indessen schon heute gesagt: Scheut man gegenüber einer möglicherweise auch weiterhin unausgeglichenen Zahlungsbilanzsituation die wirtschaftspolitischen Konsequenzen, so wird sich die Wirtschaft infolge der ihr innewohnenden Auto-

matik und Interdependenz nach irgendeiner Seite hin Entlastung schaffen. Die Kehrseite unzureichender außenwirtschaftlicher Maßnahmen wäre in jedem Fall ein Verzicht auf Maximierung des güterwirtschaftlichen Nutzens aus der Beteiligung der Bundesrepublik am internationalen Handel.

Summary: The Dilemma of Germany's Balance of Payments Surpluses. The author states that the causes of the growing surpluses of Germany's balance of payments are the slackening of the propensity to import and the growing demand for German products in foreign markets because of the relatively slow increase of the price level of German goods in comparison with the prices in foreign countries and because of Germany's better terms of delivery. Other causes are the abstention of German importers who are expecting further reductions in prices and tariffs, the rumours of a revaluation of the DM, the restrictive credit policy of the Bank deutscher Länder, speculative capital transfers and the relatively high interest level in Germany. The surpluses in foreign currencies might endanger Germany's economic position because of preventive measures of the deficit countries and undesirable inflationary pressure at home. They are a very unremunerative investment and induce an impression of wealth that does not exist. Since a reduction of Germany's export seems undesirable to most observers, preventive measures must aim at an increase of imports. The future development of the balance of payments will depend on whether the defence budget will have the effect of increasing imports. Anyhow, the author is of the opinion that special preventive measures must be exercised now, e. g. by reduction of currency controls, reduction of tariffs etc., while he does not think that capital export could relieve the situation.

Résumé: Excedents en devises — dilemme allemand. Le bilan de paiement allemand présente un excédent en devises allant croissant. L'auteur explique ce fait par les raisons suivantes: 1. Tendance excédentaire du bilan commercial causée par le manque d'intérêt de l'économie allemande pour les importations. 2. Augmentation des exportations allemandes, en conséquence de meilleurs délais de livraison et d'une hausse de prix inférieure à celles survenues à l'étranger. 3. Dans l'attente de réductions des prix et des tarifs douaniers les importateurs allemands ajournent leurs commandes. 4. Rumeurs sur une réévaluation éventuelle. 5. Restrictions des crédits par la Bank Deutscher Länder. 6. Mouvements des capitaux spéculatifs et le niveau élevé des taux d'intérêt dans la République Fédérale. Pour ce pays les excédents en devises comportent le danger de tendances inflationnistes sur le marché intérieur et de contre-mesures à prendre par les partenaires dans le domaine de la politique commerciale. Ces excédents font semblant d'une richesse qui pourtant n'existe pas. Une réduction des exportations allemandes jugée inopportune, il faudrait concentrer les mesures nécessaires sur le secteur des importations. Le développement futur du bilan de paiement allemand dépend de la réponse sur la question si les dépenses militaires vont servir de stimulant suffisant pour une augmentation des importations. Selon l'auteur il serait nécessaire de prendre des mesures d'ordre écono-politiques, p. e. suppression du contrôle des changes, réductions des tarifs douaniers etc., mais il ne croit pas qu'une exportation de capitaux d'une certaine envergure pourrait être réalisée.

Resumen: El dilema de los sobrantes de divisas alemanes. Según el autor las razones de los crecientes excedentes de divisas del balance alemán de pagos son las siguientes: la tendencia activa de la balanza comercial, debido a la poca propensión de la economía de Alemania occidental a importar; la crecida demanda por parte del extranjero a base de la modesta alza de precios en Alemania en comparación con los países extranjeros, y a base de los más cortos plazos de entrega; la reserva de los importadores alemanes en vista de posibles bajas de los precios y de los impuestos de aduana; los rumores de una revalorización, las restricciones crediticias del Bank deutscher Länder, los movimientos especulativos de fondos y el alto nivel de intereses en Alemania occidental. Los sobrantes de divisas ponen Alemania en peligro de contramedidas político económicas por parte de los países interesados en el intercambio comercial y provocan tendencias inflacionistas en el interior. Son una mala colocación de capital y producen la impresión de una riqueza no existente. Como, en general, un fomento de las exportaciones es considerado como una medida indeseable, las contramedidas deben concentrarse en el lado de la importación. El futuro desarrollo de la balanza alemana de pagos dependerá del grado en que los gastos de defensa del Estado favorecerán la importación. En todo caso, el autor juzga necesario medidas económico-políticas especiales, tales como control de cambios, baja de los impuestos de aduana, pero no crea posible una exportación de capital en gran escala.